

Trustkönige zittern vor der RGD!

Geheimbericht des Zechenverbandes über den Ruhrstreik im Oktober 1931

Die rote Fahne meldet:

Ein Geheimdokument von ganz außerordentlicher Bedeutung liegt auf unserem Redaktionstisch: der geheime Bericht des Zechenverbandes des Ruhrgebietes über den Oktoberstreik dieses Jahres. Nicht enggedruckte Seiten behandeln in gedrängter, summierender Sprache den Verlauf und die Lehren dieses Streiks, der von der RGD und dem roten Bergarbeiterverband gegen die vereinten Kräfte der Zechenbarone, Polizei, Gewerkschaftsbürokratie und Nazis geführt wurde.

Bekanntlich forderten damals die Unternehmer 12 Prozent Lohnabbau. Ein Dreimännerkollegium, darunter der Sozialdemokrat Dr. Bergmann, stellte einen Schiedsspruch mit 7 Prozent Lohnabbau, der durch besondere Ermächtigung für verbindlich erklärt wurde. Daraufhin setzte der Streik ein, und die Regierung sah sich gezwungen, durch Erhebung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung aus Reichsmitteln, den Lohnabbau auf 3,75 Prozent zu reduzieren.

In diesem Geheimdokument wird offen und klar gesagt: der einzige Feind, den es mit allen raffinierten Mitteln zu bekämpfen gilt, ist die RGD. Die Reformisten, die Nazis und die Polizei werden als Hilfsmittel für die Bekämpfung der von der RGD geführten Front des proletarischen Widerstandes angesehen.

RGD als Streikführung

„Die Streikleitung lag fast ausschließlich in den Händen der RGD“ — erzählt der Geheimbericht — „beziehungswise des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands, soweit nicht kommunizistische Betriebsratsvorsitzende die Leitung übernahmen, wie z. B. auf Raddob, wo sich sogar der ganze Betriebsrat, einschließlich der gewerkschaftlichen Mitglieder als Streikführer konstituierte...“

Reichsbannerarbeiter stehen Streikposten

Aber die RGD und der rote Bergarbeiterverband fanden die Unterstützung großer Massen von Bergarbeitern, die in den reformistischen und christlichen Bergarbeiterverbänden organisiert sind. So erzählt der Bericht über die Zechen de Wendel und Raddob: „Ein besonderes Kapitel beim Streik auf de Wendel und Raddob bildete das Reichsbanner, Ortsgruppe Herrlingen. Die Ortsgruppe wird geführt von einem SPD-Mitglied, Schirmer, der als Belegschaftsmitglied von de Wendel ein tüchtiger Arbeiter sein soll. Das Reichsbanner hat unter seiner Führung auf de Wendel Streikposten gestellt und auch den Versuch gemacht, den auf Raddob erscheinenden Streik durch eine Volksversammlung neu anzufachen... Auf de Wendel haben freie und christliche Gewerkschaftler in der Belegschaftsversammlung für den Streik geredet. Der Führer der Christen im Betriebsrat hat sogar selber mitgestreikt. Nur einzelne freie Gewerkschaftler haben sich in der Belegschaftsversammlung und in der Raue gegen den Streik ausgesprochen.“

„Das schlappe Benehmen der Gewerkschaftsmitglieder“

Der Bericht klagt über das „schlappe“ Benehmen der Gewerkschaftsmitglieder: „Auch auf Raddob haben sich die Gewerkschaftsmitglieder schlapp benommen und — wie sie sagten — sich der Mehrheit fügen müssen, was einzelne nicht gehindert hat, sogar noch für den Streik zu reden. Die Führer beider Gewerkschaftsrichtungen, nach Mitteilung der Zechen, „sind ganz vernünftige Leute“, haben selber mitgestreikt und sind erst durch energieloses Zureden des Werksdirektors veranlaßt worden, einen Versuch zu machen, ihre Gewerkschaftsgenossen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, allerdings zunächst ohne Erfolg.“

An einer anderen Stelle erzählt der Bericht, daß Bergarbeiter, die in den christlichen und reformistischen Bergarbeiterverbänden organisiert sind, an dem Streik teilgenommen haben und daß der Polizeikommissar sich deshalb anfangs sogar auf den Standpunkt stellte, daß der Streik „gesetzlich“ sei. Der Bericht fügt hinzu: „Man sieht hierbei, zu welchen Konsequenzen die Schlappheit der Gewerkschaftsmitglieder führen kann.“

Hört ihr, Kollegen in den freien Gewerkschaften, die Zechenbarone, das freche Ausbeutergesindel, die rechnen auf euch, Klaffgenossen, daß ihr die schändliche Streikbrüchigkeit leidet! Sie stellen das sogar als selbstverständlich dar, sie belagern sich über eure „Schlappheit“! So weit haben es die Führer der freien Gewerkschaften gebracht.

Kleingewerbetreibende unterstützen Streikende

Der Streik löste die Sympathien des werktätigen Mittelstandes aus. Die Kleingewerbetreibenden gaben den Streikenden kostenlose Naturalunterstützung. Das geschieht natürlich dem Zechenverband nicht. Im Bericht heißt es:

„Schließlich ist bei dem Verhalten Außenstehender noch das Verhalten des kleingewerblichen Mittelstandes zu erwähnen. Meldungen liegen nur von de Wendel vor. Danach haben 28 Geschäfte den Streikenden Naturalunterstützung zugesagt.“

Nazis und Gelbe standen zum Zechenverband

Boll Lob spricht sich natürlich der Bericht über die Nazis und über die Gelben aus: „Nationalsozialisten und Mitglieder des Bundes „Deutscher Arbeiter“ haben sich mit verschwindend geringen Ausnahmen an dem wilden Streik nicht beteiligt.“

„Die Zechen waren mit der Polizei zufrieden“

Der Bericht ist auch mit der preussischen Polizei des Sozialdemokraten Severing zufrieden: „Im allgemeinen waren die Zechen mit der Art des Vorgehens zufrieden, Raddob soll der Polizei sogar ausgesprochenes Lob. Nach Mitteilungen von Herrn Andre hat sich der örtliche Polizeikommissar ausgezeichnet und energisch benommen, auch die Landjäger sollen gut gewesen sein... Von der Schußwaffe hat die Polizei diesmal, soweit bekannt, nur auf Raddob Gebrauch machen müssen... Im übrigen scheint der Gummiknüppel genügt zu haben, von dem auf de Wendel auch gegen die Reichsbannerstreikposten ausgiebig Gebrauch gemacht worden sein soll.“

Bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Zechen

Für die Zukunft zieht der Geheimbericht verschiedene Lehren aus dem Oktoberstreik. Eine dieser Lehren ist: Betriebsweise Niederkämpfung des Streiks. Wird ein Streik auf einer Zechen abgebrochen, so würde das auf die Stimmung in den anderen streikenden Zechen. Auch wird bürgerkriegsmäßige Ausrüstung der Betriebe empfohlen. Im Bericht heißt es:

„Für künftige Streikfälle ist besonders auf schnelle Verbindung mit der Polizei Wert zu legen. Bei einseitig liegenden Zechen, denen bei einem schwerwiegenden Streik unter Umständen die Telefonverbindungen abgeschnitten werden könnten, sollte man vielfach sogar an die Einrichtung einer Funknotverbindung denken.“

Die Lehren des Geheimberichts für die Arbeiter

Jeder Klassenbewußte Arbeiter wird aus diesem Geheimbericht lernen. Schamrot muß jedem Gewerkschaftsmitglied ins Gesicht steigen, wenn er liest, wie weit die Gewerkschaftsleiter die Organisationen gebracht haben. Die Unternehmer rechnen auf diese Organisationen, wie auf die Polizei und die Werksektionen.

gen. Die gesamte Arbeiterschaft wird aus diesem Dokument lernen, wie die Widerstandfront organisiert, wie die Arbeiterschaft gegen Lohnabbau mobilisiert.

Die Arbeiterschaft muß sehen, daß es nur zwei Fronten gibt: die Front der Ausbeuter und ihrer Lakaien auf der einen Seite und die Front der Arbeiterschaft mit der RGD und SPD an der Spitze auf der anderen Seite. Unter der Führung der RGD und der SPD muß die Arbeiterschaft in allen Betrieben die Einheitsfront zum Kampf gegen alle Vorköße der Unternehmer und die mit ihnen in einer Front stehende Gewerkschaftsbürokratie herstellen.

Berschärfter Zollkrieg

Die Antwort der imperialistischen Staaten auf das Lohnabbau-Dumping

In den letzten Tagen hat die französische Regierung für eine große Anzahl deutscher Einfuhrwaren ein Einfuhrverbot erlassen. Ein diplomatischer Protest der deutschen Regierung blieb wirkungslos.

Die polnische Regierung beabsichtigt, neue Einfuhrverbote zu verhängen und für eine große Anzahl deutscher Einfuhrwaren die Zollsätze zu erhöhen.

In Holland ist am 26. Dezember ein neues Gesetz in Kraft getreten, das die Regierung zur Kontingentierung der Einfuhr ermächtigt. Ebenfalls werden durch Gesetz ab 1. Januar die Einfuhrzölle von acht auf zehn Prozent erhöht.

In Litauen ist am 23. Dezember eine neue Erhöhung der Zölle für eine ganze Reihe von Einfuhrartikeln in Kraft gesetzt worden. Die Zollerhöhungen betragen durchschnittlich 100 bis 200 Prozent, für einzelne Waren sogar bis zu 1000 Prozent.

Der Zoll- und Handelskrieg verschärft sich täglich. Der ungeheure große Lohnabbau in Deutschland hat die Bourgeoisie der übrigen kapitalistischen Länder zu verschärften Maßnahmen gegen deutsche Waren veranlaßt. So ruft eine Maßnahme der kapitalistischen Konkurrenten Gegenmaßnahmen der anderen hervor mit dem Resultat, daß sich der Zollkrieg ungeheuer verschärft, die Gefahr neuer imperialistischer Kriege sich steigert und das Elend der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern immer größer wird. Denn auf dem Rücken der Arbeiter wird ja der wahnsinnige Zoll- und Handelskrieg ausgetragen. Man kann heute schon voraussehen, daß unter Berufung auf die Zollerhöhungen in Italien, Frankreich, Polen usw. die deutschen Kapitalisten in Kürze einen neuen Lohnabbau fordern werden.

Jeder denkende Arbeiter sieht, daß die Unterfütterung einer solchen Politik in grauenvollem Elend führt. Die SPD-Führer, die jetzt selbst den Ruf nach Kohlenzöllen erheben, unterstützen

Protestaktion gegen Lohnabbau

„Internationale“ erhält in Solinger Grobblech

Solingen, 28. Dezember (Eig. Drahtbericht). Nachdem in der Solinger Industrie bereits am 1. Dezember ein Prozentige Lohnabbau durchgeführt wurde, sollen die Löhne laut Konzernbeschluss um 10 Prozentige Kürzung erfahren. Ein Solinger Betrieb Kieselring & Albrecht von der Direktion angehängt worden. Daraufhin setzten alle Arbeiter die Maschinen ausstill. Sie erklärten, nicht eher weiterzuarbeiten, bis der Anschlag juristisch angenommen werde.

Als die Direktion nach dreimaliger vergeblicher Aufforderung, wieder an die Arbeit zu gehen, 122 Arbeiter mehrheitlich antwortete die gesamte Belegschaft mit dem kühnen mehrheitlichen „Internationale“. Nachdem auch die Drohung mit der Polizei ihre Wirkung verfehlt hatte, erklärte die Firma Kieselring & Albrecht, daß der Anschlag betreffe Lohnabbau zurückgenommen sei.

Bemerkenswert ist, daß während der Aktion sozialdemokratische, christliche, parteilose und kommunistische Arbeiter einheitlich zusammenstanden.

Blumenarbeiter sollen verhungern

Durch den Fachauschuss für die künftige Kunstblumenindustrie wurden mit Gültigkeit vom 1. Januar die Spitzengelöhner in Gruppe A auf 34 Pfennig, in Gruppe B auf 28 Pfennig und in Gruppe C auf 22 Pfennig herabgesetzt. Bei den Pfenniggehältern, d. h. Akkordlöhnen, beträgt der Abbau 12,5 Prozent.

Die Angestelltengehälter in der Berliner Metallindustrie wurden auf Grund der Notverordnung um 15 Prozent abgebaut. Der Schlichter lehnte eine Verringerung des Kurzarbeitsabkommens ab.

Es tracht an allen Ecken und Enden!

Konkurse im November in Sachsen

Im Monat November sind 220 (im Vormonat 217) Anträge auf Konkursöffnung gestellt worden. Von diesen entfielen 87 auf die Städte Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Zwickau. 139 Anträge ist stattgegeben worden, während 81 (im Vormonat 91) mangels Masse abgelehnt sind. Von den neuen Konkursen betrafen 124 nicht eingetragene Erwerbsunternehmungen und Einzelfirmen, 28 Gesellschaften (darunter 11 ohne Handelsgesellschaften und 16 Gesellschaften m. b. H.), 13 natürliche Personen, 51 Nachlässe und 4 andere Gemeinschaften, 38 entfielen auf die Industrie, 66 auf den Warenhandel (davon 14 Großhandel), 2 auf Banken und 32 auf sonstige Gewerbe (Handwerk, Gast- und Schankwirtschaft usw.).

Neben den Konkursen sind 89 (im Vormonat 74) gerichtliche Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden. Davon betrafen 61 nicht eingetragene Erwerbsunternehmungen und Einzelfirmen, 2 Gesellschaften m. b. H., 2 natürliche Personen und 2 andere Gemeinschaften. 37 entfielen auf die Industrie, 42 auf den Warenhandel (davon 24 Großhandel), 4 auf Banken und 4 auf sonstige Gewerbe.

GA-Banditen überfallen SPD-Arbeiter

Berlin, 20. Dezember (Eig. Meldung)

In dem Arbeiterlokal „Fürstendamm“ in Berlin-Siemensstadt gerieten 4 sozialdemokratische Arbeiter in der Montagnacht in eine politische Diskussion mit einem Nazi. Der Nazi entfernte sich und kam in wenigen Minuten mit 10 SA-Banditen zurück. Sie fielen auf die anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter her. Einer von ihnen erhielt eine 3-4 Zentimeter lange Kopfwunde. Darauf verließen die Banditen das Lokal. Die Polizei stellte sie fest. Der Hauptangeklagte ist der Nazi-Betriebsrat Kirsch von dem Siemens-Rohrwerk.

SPD-Arbeiter, zieht aus diesen organisierten Überfällen der Nazis die notwendige Konsequenz! Vereinigt euch mit den parteilosen und kommunistischen Arbeitern zur Abwehr gegen den Faschismus!

2000 Sprengkapseln bei Faschisten beschlagnahmt

In Schwerin wurden von der Polizei bei dem Kaufmann Lange 2000 Sprengkapseln gefunden, die zum Abtransport bereitstanden. Als Besitzer des Munitionsdepots wird ein Ingenieur Pühow aus Landsberg a. d. Warthe bezeichnet, der geflüchtet ist. Es handelt sich wiederum um eines der faschistischen Waffenlager, die zur Vorbereitung des Bürgerkrieges eingerichtet wurden.

Verbot nur für Arbeiterorganisationen

Hamburg, 20. Dezember (Eig. Meldung)

Am Sonntag marschierten 28 Nazis mit Abzeichen in Mählstedt trotz Verbots auf. Sie wurden verhaftet und dem Schnellrichter zugeführt. Da die Staatsanwaltschaft aber erklärte, daß sie keine Anklage erheben werde, wurden alle Nazis auf freien Fuß gesetzt. Daß es sich bei diesem Aufmarsch nicht um einen „Ausflug“ handelte, ist aus dem Hamburger Nazi-Organ ersichtlich, das von „einer neuen Blamage des Systems“ spricht.

Während durch die neue Notverordnung der Brüningregierung alle Sportvereine, auch die Organisationen der Kriegerveteranen und Krüppel als politische Organisationen erklärt wurden, hat man mit dem Rufführerbund, dieser schwarzweißen

Paradeorganisation, eine Ausnahme gemacht. Diese reaktionäre Arbeitervereinsorganisation wurde für unpolitisch erklärt!

Den Kommentar dazu kann sich jeder Arbeiter trotz Notverordnung selber machen!

Eindreher im Blauener Parteibüro

In der Nacht vom Freitag zum Samstag haben sich Eindreher unter erschwerten Umständen Eingang in die Räume des Parteibüros verschafft. Nachdem sie die Außenwände erklettert hatten, brühten sie ein Dachfenster ein und durchsuchten das mehrere Zimmer. Alle Schriftstücke, die das Interesse der Partei betrafen, wurden mitgenommen, wodurch der politische Charakter des Einbruchs erwiesen ist. Die Täter verließen nach dem Einbruch die Türen mit angefertigten Nachschlüsseln.

Wahrscheinlich stoben die Eindreher mit den Bronskateuren unter einer Decke, die um die gleiche Zeit vor dem Hause des übergebenden Passanten anpöbelten. Vermutlich haben die Schmiere gestanden und durch diese Planketten die Zutrittskontrolle des Publikums von den Tätern abgelenkt.

Kommunistischer Bürgermeister verteidigt Einführung der Bürgersteuer

Darmstadt, 29. Dezember. Der Gemeinderat von Oberfelden (Hessen) hatte die Zustimmung zur Einführung der Bürgersteuer abgelehnt. Daraufhin wurde diese mit einem 800-prozentigen Zuschlag durch das Kreisamt auf dem Verordnungswege eingeführt.

Der neu gewählte kommunistische Bürgermeister Zwilling verweigerte jedoch seine Unterschrift für die Steuerbeschlüsse. Der Gemeinderat hat einstimmig seine Forderung gebilligt.

1025000 Wohlfahrtsvermerkslose

Berlin, 29. Dezember (Eig. Meldung)

Wie der amtliche preussische Pressendienst mitteilt, betrug die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen in Preußen am 30. November 1.025.000 Menschen. Das bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vormonat um 79.177. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen um 472.800 Menschen gestiegen.

Diese Zahlen sprechen eine laute Sprache des Hungers und des Kampfes.